

FÜR EINE POLITIK DER STABILITÄT

**VERANTWORTUNG,
KOMPETENZ,
NACHHALTIGKEIT.**

SOFORTPROGRAMM DER CDU FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN

8. Mai 2012

**NORBERT
RÖTTGEN
WÄHLEN**

www.cdu-nrw.de



CDU

Für eine Politik der Stabilität

Verantwortung, Kompetenz, Nachhaltigkeit.

– Sofortprogramm –

Nach den Wahlen in Frankreich und in Griechenland ist klar: Es geht in Europa um eine Grundsatzentscheidung zwischen einer Fortsetzung der alten Politik der Verschuldung und einem neuen Kurs einer verantwortlichen Haushalts- und Stabilitätspolitik. Obwohl Europa durch die hohe Staatsverschuldung in eine schwere Krise geraten ist, plädieren Sozialdemokraten, Sozialisten und Grüne weiterhin offensiv für höhere Ausgaben. Die Wahlergebnisse in Frankreich und in Griechenland sind alarmierende Signale dafür, dass der erfolgreiche Kurs der Konsolidierung zunehmend in Frage gestellt wird.

Die CDU unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel steht verlässlich für eine solide Haushalts- und Konsolidierungspolitik als unerlässliche Bedingung für wirtschaftlichen Erfolg und gesundes Wachstum. Wir müssen verhindern, dass dieser Kurs in Europa wieder verlassen wird, und müssen Nordrhein-Westfalen endlich auf diesen Kurs führen.

Angela Merkel braucht Unterstützung aus Deutschland und aus Nordrhein-Westfalen, um in Europa weiterhin erfolgreich sein zu können. Wir sind nicht bereit, sozialistische Wahlversprechen und Wahlerfolge in anderen Ländern durch unser Geld und unsere Steuern zu finanzieren.

Die Landtagswahl am Sonntag ist auch eine Abstimmung über die Fortsetzung unseres Konsolidierungskurses in Europa.

Wir appellieren deshalb an die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen:

Bitte gehen Sie am Sonntag zur Wahl und stärken Sie unserer Bundeskanzlerin den Rücken für eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik für Stabilität und Wachstum in Europa.

Eine neue Chance für Nordrhein-Westfalen

Nach zwei Jahren rot-grüner Landesregierung in Nordrhein-Westfalen braucht unser Land wieder eine neue Chance. Voraussetzung dafür ist ein solider Haushalt. Wir werden die Schuldenpolitik der rot-grünen Landesregierung beenden – aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern. Wir werden dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen wieder das Industrie- und Energieland Nummer 1 in Deutschland wird. Wir wollen, dass unser Land für Familien attraktiv ist und dass Kinder in Nordrhein-Westfalen optimal gefördert werden.

Wir haben klare Ziele und wir wissen, wie wir diese Ziele erreichen können. Aber nicht alles ist sofort machbar. Uns ist es wichtig, realistisch zu sein und nichts zu versprechen, was wir nicht halten können.

Deshalb haben wir in diesem Sofortprogramm die Maßnahmen zusammengestellt, die wir unmittelbar nach der Regierungsbildung anpacken werden.

- Wir werden einen Kassensturz vornehmen und eine Finanzplanung bis zum Jahr 2020 vorlegen, die an den Vorgaben der Schuldenbremse ausgerichtet ist. Dazu werden wir die Einnahmen vorsichtig fortschreiben. Daraus ergeben sich die Ausgabenspielräume bis zum Jahr 2020 sowie die erforderlichen Konsolidierungsschritte.
- Wir werden einen Gesetzentwurf zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung vorlegen.
- Wir werden ein wirksames Sofortprogramm und strukturelle Verbesserungen für eine gerechte, nachhaltige und transparente Kommunalfinanzierung auf den Weg bringen.
- Dem Steuerabkommen des Bundes mit der Schweiz werden wir im Bundesrat zustimmen. Für Nordrhein-Westfalen ergeben sich daraus Soforteinnahmen von zwei Milliarden Euro und bis 2020 eine weitere Milliarde Euro.
- Wir werden einen „Demografie-Check“ für alle Regierungsinitiativen einführen.
- Wir unterstützen mit Nachdruck die Umsetzung der CDU-Bundesparteitagebeschlüsse für eine verbindliche, durch eine Kommission der Tarifparteien festgesetzte Lohnuntergrenze in den Bereichen, in denen es keine Tarifverträge gibt.

- Wir werden mit einer Bundesratsinitiative für eine faire Bezahlung der Zeitarbeitnehmer – „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nach einer realistischen Einarbeitungszeit – eintreten.
- Wir werden ein Konzept für ein Gesundheitsmanagement im Strafvollzug erarbeiten und mit der Umsetzung beginnen. Unser Ziel ist, den Krankenstand bei den im Justizvollzug Beschäftigten von derzeit 10 Prozent deutlich zu senken.
- Nordrhein-Westfalen hat das Zeug dazu, Innovationstreiber, Impulsgeber und Motor der 4. Industriellen Revolution, von Industrie 4.0, zu werden. Wir werden damit beginnen, dieses Potential abzurufen. Wir werden eine großangelegte Cluster-Initiative auf den Weg bringen: Wirtschaft und Wissenschaft – gemeinsam für ein starkes Nordrhein-Westfalen.
- Wir werden einen Masterplan zur Energiewende formulieren, der sich am Energiewende-Konzept der Bundesregierung orientiert und dem Klimaschutz einen besonderen Stellenwert einräumt.
- Wir werden die Beteiligung mittelständischer Unternehmer bei unserer Cluster-Initiative nachhaltig fördern.
- Wir wollen gemeinsam mit der NRW.Bank ein Programm insbesondere für den Mittelstand auflegen, mit dem aus Basel-III herrührende strukturelle Nachteile aufgegriffen werden.
- Wir werden im Vermittlungsausschuss den Plänen der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung zustimmen. So stehen bundesweit rund 1,5 Milliarden Euro sofort zur Verfügung. Gleichzeitig entwickeln wir ein intelligentes, maßgeschneidertes staatliches Anreiz- und Zulagensystem, das private Investitionen in Milliardenhöhe auslöst und damit zugleich ein Klimaschutz- und Konjunkturpaket ist.
- Auf Bundesebene ist eine Novelle des Baugesetzbuches in Arbeit, die landwirtschaftliche Baumaßnahmen im Außenbereich betrifft. Wir werden uns für eine Lösung stark machen, die sicherstellt, dass die landwirtschaftliche Produktion in den Händen der bäuerlichen Familien bleibt.
- Um den Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz im Jahr 2013 erfüllen zu können, werden wir sofort die Förderkriterien bei den landesseitig gewährten Investitions-

und Betriebskosten überprüfen und ändern, um den Ausbau der Kitaplätze zu beschleunigen. Parallel dazu werden wir ein Sofortprogramm zur Förderung der Tagespflege auflegen.

- Wir werden eine Initiative „bundesweite Kernlehrpläne“ vorbereiten, um bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards zu gewährleisten.
- Zur Umsetzung des Inklusionskonzeptes der CDU-Landtagsfraktion zum gemeinsamen Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten werden wir den entsprechenden Gesetzentwurf umgehend einbringen.
- Wir werden die Fehlannahmen von Rot-Grün über die Studierendenzahlen aus den Abiturdoppeljahrgängen korrigieren, um für alle Abiturientinnen und Abiturienten gleiche Studienchancen zu gewährleisten.
- Im Rahmen einer Fortgestaltung der Hochschulautonomie werden wir die Möglichkeiten der Hochschulen zur Kooperation untereinander, mit Bundeseinrichtungen und mit privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen sowie Investoren verbessern.
- Wir werden die Hochschulen in die Lage versetzen, ihren Weiterbildungsauftrag verstärkt zu erfüllen.
- Um die Anzahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen, werden wir u. a. die nötigen Voraussetzungen für eine medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld schaffen.
- Wir werden für die Schulen die Entwicklung eines Masterplans „Guter Unterricht“ auf den Weg bringen. Er umfasst die Verbesserung der Unterrichtsversorgung, die Stärkung der Lehreraus- und -fortbildung, die Sichtung und Entfrachtung der Lehrpläne, die Stärkung der schulischen Eigenverantwortung und die Entbürokratisierung des „Systems Schule“ durch eine Bereinigung der schulpolitischen Verordnungen.
- Eine moderne und attraktive Lehr- und Lernatmosphäre ist mitentscheidend für den Erfolg auch der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Der aktuelle Stand der Technik kann nur vermittelt werden, wenn es das Lernumfeld zulässt. Wir werden daher umgehend die energetische Sanierung von Einrichtungen der beruflichen Bildung aus Mitteln des NRW-Ziel 2-Programms (EFRE) möglich machen.
- Wir werden eine Bundesratsinitiative ergreifen, um die Pflegeberufe zusammenzuführen – damit die jetzige Trennung zwischen Kranken- und Altenpflege überwunden wird.

- Wir werden in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und den Pflegefachschulen auch lebensälteren Menschen den Zugang zu den Pflegeberufen durch eine gute Ausbildung ermöglichen.
- Wir werden die Voraussetzungen für einen jährlichen Integrationsbericht schaffen.
- Wir werden einen Integrationsgipfel institutionalisieren, um uns mit den Migrantenverbänden und -vereinen auf Augenhöhe auszutauschen und einen Landesaktionsplan zu erstellen sowie fortzuschreiben.
- Wir werden eine Anti-Stau-Initiative ergreifen und dazu die Planungsverweigerung für Straßenmaßnahmen beenden, verstärkt auf Verkehrslenkung setzen, konsequent auf allen Autobahnbaustellen länger arbeiten lassen (Ausnutzung des Tageslichtes, 6-Tage-Woche), empfindliche Vertragsstrafen für Bauzeitüberschreitungen durchsetzen und das Baustellenmanagement zur Chefsache machen.
- Wir werden das Problem der Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle bürgerfreundlich lösen. Dazu werden wir unseren Gesetzentwurf erneut einbringen, der eine Dichtheitsprüfung nur bei begründetem, konkretem Verdacht vorsieht.
- Wir werden eine parlamentarische Initiative ergreifen zur Absenkung des Quorums für die Einleitung von Volksbegehren von derzeit acht Prozent auf fünf Prozent.
- Wir werden damit beginnen, die Polizei auf ihre Kernaufgaben Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Prävention zu konzentrieren und Verwaltungstätigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren. Unsere Polizei gehört auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch.
- Wir werden die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ausweiten. Videoüberwachung an sinnvollen Stellen im öffentlichen Raum schreckt potenzielle Straftäter ab, erhöht die Aufklärungsquote und stärkt das Sicherheitsempfinden der Menschen.
- Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte ist inakzeptabel. Wir werden umgehend alles daran setzen, dass Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte künftig noch härter sanktioniert wird, als dies bislang der Fall ist.
- Wir werden die Initiative zur Entwicklung eines zeitgemäßen Urheberrechts ergreifen, das den Produzenten eine angemessene Honorierung und den Nutzern einen offenen Zugang ermöglicht.